Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/3518

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
II/1 — 31109 — 5489/65

Bonn, den 9. Juni 1965

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 29. Oktober 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Niger über die Förderung von Kapitalanlagen

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Vertrages sowie das Protokoll und der Briefwechsel in deutscher und französischer Sprache und eine Denkschrift zum Vertrag sind beigefügt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern des Auswärtigen und für Wirtschaft gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 283. Sitzung am 4. Juni 1965 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 29. Oktober 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Niger über die Förderung von Kapitalanlagen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 29. Okober 1964 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Niger über die Förderung von Kapitalanlagen, dem Protokoll und dem Briefwechsel vom gleichen Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und der Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 sowie das Protokoll und der Briefwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Der Vertrag bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf steuerliche Vorschriften bezieht.

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll — mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollziffer 6, die sich auf die Luftfahrt beziehen — auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzumachen.

Schlußbemerkung

Bund, Länder oder Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Niger über die Förderung von Kapitalanlagen

Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Niger relatif à l'encouragement des investissements

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Niger —

VON DEM WUNSCHE GELEITET, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

IN DEM BESTREBEN, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen, und

IN DER ERKENNTNIS, daß ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet ist, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren —

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Jede Vertragspartei fördert, soweit möglich, die Anlage von Kapital in ihrem Hoheitsgebiet durch Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei, läßt diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zu und prüft wohlwollend die Frage der Erteilung der erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei behandelt in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen ihrer eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei unterwirft in ihrem Hoheitsgebiet Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei im Zusammenhang mit Kapitalanlagen keinen weniger günstigen Bedingungen in beruflicher oder wirtschaftlicher Hinsicht als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten. Das gleiche gilt in bezug auf die Verwaltung und Geschäftsführung, die Verwendung und Nutzung dieser Kapitalanlagen.

Artikel 3

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet

La République fédérale d'Allemagne
et
la République du Niger —

DESIREUSES d'intensifier la Coopération économique entre les deux États,

SOUCIEUSES de créer des conditions favorables à l'investissement de capitaux par des ressortissants ou des sociétés de l'un des deux États sur le territoire de l'autre État et

RECONNAISSANT qu'une protection contractuelle de ces investissements est susceptible de stimuler l'initiative économique privée et d'augmenter la prospérité des deux Nations —

SONT CONVENUES DE CE QUI SUIT:

Article 1er

Chaque Partie Contractante encouragera dans la mesure du possible l'investissement de capitaux dans son territoire par des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante et admettra ces investissements en conformité de sa législation et considérera avec bienveillance la question de l'octroi des autorisations nécessaires.

Article 2

(1) L'une des Parties Contractantes ne traitera pas, sur son territoire, les investissements qui sont la propriété ou qui sont soumis au contrôle de ressortissants ou de sociétés de l'autre Partie Contractante, moins favorablement que les investissements de ses propres ressortissants et sociétés ou les investissements de ressortissants et de sociétés d'États tiers.

(2) L'une des Parties Contractantes ne soumettra pas, sur son territoire, les ressortissants ou les sociétés de l'autre Partie Contractante, en connexion avec leurs investissements à des conditions moins favorables dans le domaine professionnel ou économique que celles auxquelles sont soumis ses propres ressortissants et sociétés, ou les ressortissants et sociétés d'États tiers. Il en est de même en ce qui concerne l'administration et la gestion, l'utilisation et la jouissance de ces investissements.

Article 3

(1) Les investissements de ressortissants ou de sociétés d'une Partie Contractante jouiront sur le territoire de

der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage entsprechen, tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein sowie unverzüglich geleistet werden. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung ist für die Festsetzung und die Art der Leistung der Entschädigung Vorsorge zu treffen. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Gerichtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch bewaffnete Auseinandersetzung, Revolution oder Aufruhr im Hohheitsgebiet der anderen Vertragspartei Schäden an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei in bezug auf Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstige Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Hinsichtlich der Transferierung dieser Leistungen behandelt die eine Vertragspartei die Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nicht weniger günstig als in entsprechenden Fällen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten.

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 gelten auch für die Erträge aus Kapitalanlagen.

(5) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 4

Jede Vertragspartei gestattet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei, das Kapital, die Erträge aus ihren Kapitalanlagen und im Falle der Liquidation den Liquidationserlös in den Ursprungsstaat zu transferieren.

Artikel 5

Leistet eine Vertragspartei einem ihrer Staatsangehörigen oder einer ihrer Gesellschaften Zahlungen auf Grund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage, so erkennt die andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 11, die Übertragung jeglicher Rechte oder Ansprüche dieses Staatsangehörigen oder dieser Gesellschaft kraft Gesetzes oder Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei sowie deren Eintritt in alle diese Rechte oder Ansprüche an. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Rechte zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 3 Absätze 2, 3 und 4 sowie Artikel 4 sinngemäß.

Artikel 6

(1) Soweit die Beteiligten keine andere, von den zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, zugelassene Regelung getroffen haben, erfolgen Transferierungen nach Artikel 3 Absatz 2, 3 oder 4, nach Artikel 4 oder Artikel 5 unverzüglich und zu dem für laufende Geschäfte am Tage des Transfers gültigen Kurs.

l'autre Partie Contractante d'une protection et d'une sécurité intégrales.

(2) Les ressortissants ou sociétés d'une Partie Contractante ne pourront être expropriés de leurs investissements sur le territoire de l'autre Partie Contractante que pour des raisons d'utilité publique et contre indemnisation. L'indemnité devra correspondre à la valeur de l'investissement exproprié, être effectivement réalisable, librement transférable et être versée sans délai. Au moment de l'expropriation, au plus tard, il sera pourvu à la fixation de l'indemnité et du mode de son versement. La légalité de l'expropriation et le montant de l'indemnité devront pouvoir être vérifiés par une procédure judiciaire de droit commun.

(3) Les ressortissants ou sociétés d'une Partie Contractante, dont les investissements auraient subi des dommages par l'effet d'un conflit armé, d'une révolution ou d'une émeute dans le territoire de l'autre Partie Contractante, bénéficieront de la part de l'autre Partie Contractante, en ce qui concerne les restitutions, indemnités, compensations ou autres dédommagements, d'un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui accordé aux ressortissants ou sociétés de cette Partie. En ce qui concerne le transfert de tels paiements, les Parties Contractantes s'engagent mutuellement à accorder aux ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui accordé, en des cas analogues, aux ressortissants ou sociétés d'un État tiers.

(4) Les dispositions des paragraphes 1, 2 et 3 ci-dessus sont également applicables au produit des investissements.

(5) En ce qui concerne les matières réglées par le présent article, les ressortissants ou sociétés d'une Partie Contractante jouiront sur le territoire de l'autre Partie Contractante du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 4

Chaque Partie Contractante autorisera les ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante à transférer dans le pays d'origine le capital, le produit de leurs investissements et, en cas de liquidation, le produit de la liquidation.

Article 5

Si une Partie Contractante, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement, effectue des versements à l'un de ses ressortissants ou à l'une de ses sociétés, l'autre Partie Contractante, sans préjudice des droits de la première Partie Contractante découlant de l'article 11, reconnaîtra la transmission, par l'effet de la Loi ou d'un contrat, de tous les droits et revendications de ce ressortissant ou de cette société à la première Partie Contractante ainsi que la subrogation en sa faveur de tous ces droits et revendications. En ce qui concerne le transfert des versements à effectuer à la Partie Contractante en vertu de la transmission des droits, les dispositions de l'article 3, paragraphes 2, 3 et 4, et de l'article 4 sont applicables mutatis mutandis.

Article 6

(1) Pour autant que les intéressés n'auront pas conclu d'arrangement contraire avec l'approbation des autorités compétentes de la Partie Contractante, dans le territoire de laquelle se trouve l'investissement, les transferts au titre de l'article 3, paragraphes 2, 3 et 4, de l'article 4 et de l'article 5 seront effectués sans délai et au cours de change valable à la date du transfert pour les opérations courantes.

(2) Der für laufende Geschäfte gültige Kurs beruht auf dem mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Paritätswert (par value) und muß innerhalb der nach Artikel IV Abschnitt 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds zugelassenen Schwankungsspanne beiderseits der Parität (parity) liegen.

(3) Besteht in bezug auf eine Vertragspartei im Zeitpunkt der Transferierung kein Umrechnungskurs im Sinne von Absatz 2, so wird der amtliche Kurs angewandt, den diese Vertragspartei für ihre Währung im Verhältnis zum US-Dollar oder zu einer anderen frei konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegt hat. Ist auch ein solcher Kurs nicht festgelegt, so lassen die zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Kapital angelegt ist, einen Umrechnungskurs zu, der gerecht und billig ist.

(2) Le cours applicable aux opérations courantes est basé sur le pair (par value) convenu avec le Fonds Monétaire International et ne doit pas dépasser la marge d'oscillation, admise aux termes de l'article IV, section 3, des articles de l'accord relatif au Fonds Monétaire International, de part et d'autre de la parité (parity).

(3) Si, pour l'une des Parties Contractantes, il n'existe pas à la date du transfert, de cours de change au sens du paragraphe 2, sera applicable le cours officiel fixé par cette Partie Contractante pour sa monnaie nationale par rapport au dollar U.S. ou à autre monnaie librement convertible ou à l'or. Si un tel cours n'est pas fixé non plus, les autorités compétentes de la Partie Contractante dans le territoire de laquelle se trouve l'investissement admettront un cours de change juste et équitable.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung vor, soweit sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Article 7

(1) S'il résulte de la législation de l'une des Parties Contractantes ou d'obligations internationales, existantes ou à venir entre les Parties Contractantes en dehors du présent Traité, une réglementation générale ou particulière, qui accorde aux investissements des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante un traitement plus favorable que celui prévu par le présent Traité, cette réglementation primera dans la mesure où elle sera plus favorable.

(2) Chaque Partie Contractante respectera toute autre obligation qu'elle aura assumée à l'égard des investissements de ressortissants ou de sociétés de l'autre Partie Contractante sur son territoire.

Artikel 8

(1) Der Ausdruck „Kapitalanlagen" umfaßt alle Vermögenswerte, insbesondere, aber nicht ausschließlich:

a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie alle sonstigen dinglichen Rechte, wie Hypotheken, Pfandrechte, Nießbrauch und dergleichen;
b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;
c) Ansprüche auf Geld oder Leistungen im Zusammenhang mit der Ausübung einer Tätigkeit in der Land- oder Weidewirtschaft, im Handel, in der Industrie oder im Verkehrswesen;
d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsnamen und good will;
e) öffentlich-rechtliche Betriebskonzessionen, einschließlich solcher für das Aufsuchen und Gewinnen von Bodenschätzen, sofern die Konzession ihrem Besitzer eine Rechtsstellung von einiger Dauer verleiht.

Eine Veränderung in der Rechtsform, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt.

(2) Der Ausdruck „Erträge" bezeichnet die aus einer Kapitalanlage als Gewinne oder Zinsen gezahlten Beträge.

(3) Der Ausdruck „Staatsangehörige" bezeichnet

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
   Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
b) in bezug auf die Republik Niger:
   Nigrer im Sinne der Rechtsvorschriften über die nigrische Staatsangehörigkeit.

Article 8

(1) Le terme «investissement» comprend toutes les catégories de biens, notamment, mais non exclusivement:

a) la propriété de biens meubles et immeubles et tous autres droits réels tels qu'hypothèque, droit de gage, usufruit, etc.;
b) les parts sociales et autres participations;
c) les créances correspondant à la fourniture de fonds ou de services en vue de l'exercice d'activités agricoles, pastorales, commerciales, industrielles ou de transport;
d) les droits d'auteur, droits de propriété industrielle, procédés techniques, noms commerciaux et fonds de commerce (goodwill);
e) les concessions d'entreprise en vertu du droit public, y compris les concessions de recherche, d'extraction ou d'exploitation des richesses du sol qui donnent à leur détenteur un statut légal d'une certaine durée.

Les modifications de la forme juridique sous laquelle des biens sont investis n'affecteront pas leur qualité d'investissement.

(2) On entend par «produits» les sommes versées à titre de bénéfice ou d'intérêt sur des investissements.

(3) On entend par «ressortissants»

a) au regard de la République fédérale d'Allemagne:
   les Allemands au sens de la Loi fondamentale pour la République fédérale d'Allemagne;
b) au regard de la République nigérienne:
   les personnes jouissant de la qualité de Nigérien conformément aux dispositions législatives et réglementaires sur la nationalité nigérienne.

(4) Der Ausdruck „Gesellschaften" bezeichnet

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

Jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;

b) in bezug auf die Republik Niger:

Die Gesellschaften des bürgerlichen oder des Handelsrechts einschließlich der Genossenschaften und der anderen öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen juristischen Personen mit Ausnahme der Vereinigungen, deren Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist; diese Gesellschaften müssen rechtmäßig bestehen; ihre Inländereigenschaft bestimmt sich nach dem Kontrollprinzip; sie müssen ihren Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung im Staatsgebiet haben.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet seit dem 27. April 1958 vorgenommen haben. Das Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden bleibt unberührt.

Artikel 10

Jede Vertragspartei gewährt der anderen im Rahmen dieses Vertrags Inländerbehandlung auf Grund der Tatsache, daß die andere Vertragspartei in den gleichen Angelegenheiten ebenfalls Inländerbehandlung gewährt.

Artikel 11

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(4) On entend par « sociétés »

a) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:

toute personne morale ainsi que toute société de commerce ou autre société ou association, avec ou sans personnalité juridique, ayant son siège sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne et constituée légalement en conformité de la législation, indépendamment de la question de savoir si la responsabilité de ses associés, participants ou membres est limitée ou illimitée et si son activité a un but lucratif ou non;

b) en ce qui concerne la République du Niger:

les sociétés de droit civil ou commercial, y compris les sociétés coopératives et les autres personnes morales relevant du droit public ou privé, à l'exception des associations ne poursuivant pas de but lucratif, constituées légalement, considérées comme nationales au regard des critères de contrôle et ayant leur siège statutaire, leur administration centrale ou leur établissement principal sur le territoire national.

Article 9

Sont également soumis aux dispositions du présent Traité les investissements que des ressortissants ou sociétés de l'une des Parties Contractantes ont, en conformité des lois et règlements de l'autre Partie Contractante, effectués sur le territoire de cette dernière postérieurement au 27 avril 1958. L'Accord du 27 février 1953 relatif aux Dettes extérieures de l'Allemagne n'est pas affecté par les dispositions du présent Traité.

Article 10

Dans le cadre du présent Traité, chaque Partie Contractante accorde à l'autre le traitement national, en vertu du fait que ce traitement est également accordé dans les mêmes matières par l'autre Partie Contractante.

Article 11

(1) Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Traité doivent, si possible, être réglés par les Gouvernements des deux Parties Contractantes.

(2) Si un différend ne peut être réglé de cette façon, il sera soumis à un tribunal d'arbitrage sur demande de l'une des deux Parties Contractantes.

(3) Le tribunal d'arbitrage sera constitué ad hoc; chaque Partie Contractante nommera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour choisir comme Président un ressortissant d'un État tiers qui sera nommé par les Gouvernements des deux Parties Contractantes. Les membres seront nommés dans un délai de deux mois, le Président dans un délai de trois mois après que l'une des Parties Contractantes aura fait savoir à l'autre qu'elle désire soumettre le différend à un tribunal d'arbitrage.

(4) Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas observés et à défaut d'un autre arrangement, chaque Partie Contractante pourra prier le Président de la Cour Internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Au cas où le Président serait ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes, ou s'il était empêché pour une autre raison, il incomberait au Vice-Président de procéder aux nominations. Si le Vice-Président était, lui aussi, ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes ou s'il était également empêché, c'est au membre de la Cour suivant immédiatement dans la hiérarchie et qui n'est pas ressortissant de l'une des Parties Contractantes qu'il appartiendrait de procéder aux nominations.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(5) Le tribunal d'arbitrage prend ses décisions à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires. Chaque Partie Contractante prendra à sa charge les frais occasionnés par l'activité de l'arbitre qu'elle a nommé ainsi que les frais de sa défense dans la procédure devant le tribunal d'arbitrage; les frais du Président ainsi que les autres frais sont assumés à parts égales par les deux Parties Contractantes. Le tribunal d'arbitrage peut fixer un autre règlement concernant les dépens. Pour le reste, le tribunal d'arbitrage règle lui-même sa procédure.

Artikel 12

Dieser Vertrag bleibt auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art werden spätestens zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufgehoben, gleichviel ob die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt sind oder nicht.

Article 12

Les dispositions du présent Traité resteront en vigueur même en cas de conflits qui naîtraient entre les Parties Contractantes, sans préjudice du droit de prendre des mesures provisoires admissibles en vertu des règles générale du droit international. Les mesures de ce genre seront abrogées au plus tard au moment de la cessation effective du conflit, que les relations diplomatiques aient été rétablies ou non.

Artikel 13

Dieser Vertrag gilt — mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollziffer 6, die sich auf die Luftfahrt beziehen — auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Niger innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Article 13

A l'exception des dispositions du paragraphe 6 du Protocole, pour autant qu'elles se rapportent aux transports aériens, le présent Traité s'appliquera également au Land de Berlin sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République du Niger dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Traité.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Niamey ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft und verlängert sich auf unbegrenzte Zeit, sofern er nicht ein Jahr vor seinem Ablauf von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich gekündigt wird. Nach Ablauf der zehn Jahre kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Vertrages vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tage des Außerkrafttretens an.

Article 14

(1) Le présent Traité sera ratifié; l'échange des instruments de ratification aura lieu aussitôt que possible à Niamey.

(2) Le présent Traité entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification. Il restera en vigueur pendant dix ans et sera prolongé pour une durée indéterminée à moins d'être dénoncé par écrit par l'une des deux Parties Contractantes un an avant son expiration. A l'expiration de la période de dix ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment, mais il restera encore en vigueur pendant un an après sa dénonciation.

(3) Pour les investissements effectués avant la date d'expiration du Traité, les articles 1 à 13 resteront encore applicables pendant vingt ans à partir de la date d'expiration du présent Traité.

GESCHEHEN zu Bonn am 29. Oktober 1964 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

FAIT à Bonn le 29 octobre 1964 en quatre exemplaires, dont deux en langue allemande et deux en langue française, chacun des textes faisant également foi.

Für die
Bundesrepublik Deutschland:
Lahr

Für die
Republik Niger:
A. Sidikou

Pour la
République fédérale d'Allemagne:
Lahr

Pour la
République du Niger:
A. Sidikou

Protokoll

Protocole

Bei der Unterzeichnung des Vertrages über die Förderung von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Niger haben die Unterzeichneten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Vertrages betrachtet werden sollen:

(1) Artikel 2 findet auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer keine Anwendung.

(2) Als „ungünstigere Bedingungen" im Sinne des Artikels 2 werden insbesondere angesehen: jede Einschränkung des Bezuges von Roh- und Hilfsstoffen, Energie- und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, jede Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „ungünstigere Bedingungen" im Sinne des Artikels 2.

(3) Die Bestimmungen des Artikels 3 Absatz 2 gelten auch für die Überführung einer Kapitalanlage in öffentliches Eigentum, ihre Unterstellung unter öffentliche Aufsicht oder ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand. Unter Enteignung ist die Entziehung oder Beschränkung jedes Vermögensrechts zu verstehen, das allein oder mit anderen Rechten zusammen eine Kapitalanlage bildet.

(4) a) Als „Liquidation" im Sinne des Artikels 4 gilt auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung.

b) Werden für eine Kapitalanlage die Vergünstigungen nach dem Investitionsgesetz der Republik Niger auf Antrag gewährt, so kann die Rückführung des angelegten Kapitals erst nach Ablauf einer Frist von drei Jahren erfolgen.

(5) Als „unverzüglich" durchgeführt im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Erledigung der Transferformalitäten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Ersuchens und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Jede Vertragspartei wird Maßnahmen unterlassen, die entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs die Beteiligung der Seeschiffahrt oder Luftfahrt der anderen Vertragspartei an der Beförderung von Gütern, die zur Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrags bestimmt sind, oder von Personen, wenn die Beförderung im Zusammenhang mit einer solchen Kapitalanlage erfolgt, ausschalten oder behindern. Dies gilt auch für Güter, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates mit Mitteln eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Kapital im Sinne dieses Vertrages angelegt ist, sowie für Personen, wenn die Beförderung im Auftrage eines solchen Unternehmens erfolgt.

Lors de la signature du Traité relatif à l'encouragement des investissements, conclu entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Niger, les Soussignés sont convenus des arrangements suivants qui seront considérés comme formant partie intégrante du Traité:

(1) L'article 2 ne s'applique pas à l'entrée, au séjour et à l'emploi en tant que salarié.

(2) Sont considérées comme « conditions moins favorables » au sens de l'article 2, notamment: toute restriction touchant à l'acquisition de matières premières et de matières secondaires, de force motrice et de combustibles ainsi que de moyens de production et d'exploitation de tout genre, toute entrave à la vente de produits à l'intérieur du pays et à l'étranger ainsi que toutes autres mesures ayant des effets analogues. Les mesures prises pour des raisons de sécurité, d'ordre et de santé publics ou de moralité ne sont pas considérées comme des « conditions moins favorables » au sens de l'article 2.

(3) Les dispositions du pargraphe 2 de l'article 3 sont également applicables au passage d'un investissement en propriété publique, à sa mise sous contrôle public ou aux interventions analogues des autorités publiques. On entend par « expropriation » le retrait ou la limitation de tout droit de propriété qui, seul ou ensemble avec d'autres droits, constitue un investissement.

(4) a) Est également considérée comme « liquidation » au sens de l'article 4 toute aliénation effectuée en vue d'un renoncement total ou partiel à l'investissement.

b) Dans le cas où les avantages découlant du Code des Investissements de la République du Niger sont demandés pour un investissement, et accordés à celui-ci, le rapatriement du capital investi ne pourra intervenir qu'après un délai de trois ans.

(5) Est considéré comme effectué « sans délai » au sens de l'article 6, paragraphe 1 tout transfert qui a lieu dans le délai normalement nécessaire à l'accomplissement des formalités de transfert. Le délai commencera à courir à la date de l'introduction d'une requête correspondante et ne devra en aucun cas dépasser deux mois.

(6) Chaque Partie Contractante s'abstiendra de prendre des mesures contraires aux principes de la libre concurrence et susceptibles d'éliminer ou d'entraver la participation de la navigation maritime ou aérienne de l'autre Partie Contractante au transport de biens destinés aux investissements au sens du présent Traité, ou de personnes dont le transport a lieu en liaison avec de tels investissements. Cette disposition s'applique également aux biens acquis sur le territoire d'une Partie Contractante ou d'un État tiers moyennant des fonds d'une entreprise ayant bénéficiée d'investissements au sens du présent Traité, ainsi qu'aux personnes dont le transport a lieu pour le compte d'une telle entreprise.

GESCHEHEN zu Bonn am 29. Oktober 1964 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

FAIT à Bonn le 29 octobre 1964 en quatre exemplaires, dont deux en langue allemande et deux en langue française, chacun des textes faisant également foi.

Für die
Bundesrepublik Deutschland:
Lahr

Pour la
République fédérale d'Allemagne:
Lahr

Für die
Republik Niger:
A. Sidikou

Pour la
République du Niger:
A. Sidikou

Briefwechsel

Der Staatssekretär
im Auswärtigen Amt

Bonn, den 29. Oktober 1964

Herr Botschafter,

Ich beehre mich, unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Niger über die Förderung von Kapitalanlagen zu bestätigen, daß während unserer Verhandlungen zusätzlich Einverständnis über folgendes erzielt wurde:

Die Regierung der Republik Niger wird deutschen Staatsangehörigen, die sich im Zusammenhang mit deutschen Kapitalanlagen im Hoheitsgebiet der Republik Niger aufhalten und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit entgegenstehen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Einverständnis bestätigen würden.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Lahr

Seiner Exzellenz
dem Botschafter
der Republik Niger

Herrn Abdou Sidikou

Le Secrétaire d'Etat
au Ministère des Affaires étrangères

Bonn, le 29 octobre 1964

Monsieur l'Ambassadeur,

Me référant au Traité signé ce jour entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Niger et relatif à l'encouragement des investissements, j'ai l'honneur de confirmer qu'au cours de nos négociations, un accord supplémentaire a été réalisé sur le point suivant:

Le Gouvernement de la République du Niger accordera aux ressortissants allemands qui en liaison avec des investissements allemands, désireraient séjourner et exercer une activité de salarié dans le territoire de la République du Niger, les autorisations nécessaires, à moins que des raisons de sécurité, d'ordre et de santé publics ou de moralité ne s'y opposent.

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir confirmer cet accord.

Veuillez agréer, Monsieur l'Ambassadeur, l'expression de ma plus haute considération.

Lahr

Son Excellence
l'Ambassadeur
de la République du Niger

M. Abdou Sidikou

Der Botschafter
der Republik Niger

Bonn, den 29. Oktober 1964

Herr Staatssekretär,

Ich beehre mich, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 29. Oktober 1964 zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Niger über die Förderung von Kapitalanlagen zu bestätigen, daß während unserer Verhandlungen zusätzlich Einverständnis über folgendes erzielt wurde:

Die Regierung der Republik Niger wird deutschen Staatsangehörigen, die sich im Zusammenhang mit deutschen Kapitalanlagen im Hoheitsgebiet der Republik Niger aufhalten und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit entgegenstehen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Einverständnis bestätigen würden."

Ich beehre mich, dieses Einverständnis zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

A. Sidikou

Seiner Exzellenz
dem Staatssekretär
im Auswärtigen Amt
Herrn Rolf Lahr

Bonn

L'Ambassadeur
de la République du Niger

Bonn, le 29 octobre 1964

Monsieur le Secrétaire d'Etat,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre du 29 octobre 1964, dont la traduction française est comme suit:

« Me référant au Traité signé ce jour entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Niger et relatif à l'encouragement des investissements, j'ai l'honneur de confirmer qu'au cours de nos négociations, un accord supplémentaire a été réalisé sur le point suivant:

Le Gouvernement de la République du Niger accordera aux ressortissants allemands qui en liaison avec des investissements allemands, désireraient séjourner et exercer une activité de salarié dans le territoire de la République du Niger, les autorisations nécessaires, à moins que des raisons de sécurité, d'ordre et de santé publics ou de moralité ne s'y opposent.

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir confirmer cet accord. »

J'ai l'honneur de confirmer l'accord précédent.

Veuillez agréer, Monsieur le Secrétaire d'Etat, l'expression de ma plus haute considération.

A. Sidikou

Son Excellence
Le Secrétaire d'Etat
au Ministère des Affaires étrangères
Monsieur Rolf Lahr

Bonn

Denkschrift

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch verschiedene Maßnahmen der öffentlichen Hand. Die Bereitstellung öffentlicher Mittel für diesen Zweck aus dem Bundeshaushalt ist naturgemäß begrenzt. Deshalb ist die Bundesregierung bestrebt, private Kapitalanlagen in Entwicklungsländern zu fördern. Zu diesem Zweck gibt sie Kredite, Garantien und Steuervergünstigungen. Diese Maßnahmen dienen gleichzeitig der Anregung des deutschen Kapitalexports und sonstigen wirtschaftspolitischen Interessen.

Private Kapitalanlagen in Entwicklungsländern sind in besonderem Maße geeignet, zum wirtschaftlichen Aufbau dieser Länder und zur Verstärkung ihrer außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik beizutragen. Investitionen der privaten Wirtschaft führen in der Regel neben dem Zufluß von Geld oder Sachwerten auch gleichzeitig zur Vermittlung technischen Wissens und technischer Erfahrung durch geeignete Fachkräfte, die in den Entwicklungsländern besonders wertvolle Arbeit leisten. Private Kapitalanlagen haben den Vorzug, daß mit dem Kapital auch die unternehmerische Erfahrung investiert wird und daß das unternehmerische Risiko der Kapitalanlagen in vollem Umfang vom Investor getragen wird. Die Anlage privaten deutschen Kapitals soll durch die Sicherung eines ausreichenden Rechtsschutzes auf der Grundlage eines völkerrechtlichen Vertrags besonders gefördert werden. Das ist das Ziel des vorliegenden Vertrags.

Der Vertrag trägt zugleich den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes Rechnung. Danach können zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen zu Lasten des Bundes in der Regel dann übernommen werden, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land, in dem die Kapitalanlage vorgenommen wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht.

Der deutsch-nigrische Vertrag über die Förderung von Kapitalanlagen ist nach Verhandlungen in Bonn am 29. Oktober 1964 in Bonn unterzeichnet worden. Er lehnt sich, ebenso wie die mit weiteren Staaten getroffenen Vereinbarungen gleicher Art, an die von der Bundesrepublik Deutschland geschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsverträge an, soweit sich diese mit der Frage der Nichtdiskriminierung auf wirtschaftlichem Gebiet und mit dem Vermögensschutz im Falle einer Enteignung befassen.

Darüber hinaus regelt er sonstige Materien, die für eine Kapitalanlage von Bedeutung sind, so namentlich die Frage des Transfers und des Wechselkurses.

Der Vertrag ist eine rechtliche Voraussetzung für die Gewährung einer Garantie im Sinne des oben erwähnten Haushaltsgesetzes mit der Wirkung, daß bei einer Garantiegewährung in der Regel nicht mehr zu prüfen sein wird, ob durch die Rechtsordnung der Republik Niger oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gegeben ist.

II. Besonderes

Der Vertrag enthält 14 Artikel; ihm sind ein Protokoll und ein Briefwechsel beigefügt.

Zu Artikel 1

Artikel 1 behandelt die Zulassung von Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei und die Erteilung von etwa erforderlichen Genehmigungen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 verbietet, die Kapitalanlagen von Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei diskriminierend zu behandeln und stellt sicher, daß Staatsangehörige einer Vertragspartei im Gebiet der anderen Vertragspartei im Zusammenhang mit ihren Kapitalanlagen unter denselben Voraussetzungen tätig werden können wie Inländer oder Angehörige dritter Staaten.

Protokollziffer 2 führt Maßnahmen auf, die unter den Begriff „ungünstigere Bedingungen" im Sinne dieses Artikels fallen.

Protokollziffer 1 stellt fest, daß das Verbot ungleicher Behandlung gemäß Artikel 2 nicht auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer anwendbar ist.

Zu Artikel 3

Nach Artikel 3 genießen Kapitalanlagen vollen Schutz und volle Sicherheit. Enteignungen sind nur zum allgemeinen Wohl und nur gegen wertgleiche Entschädigung, die tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein muß, zulässig. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können. Unter den Begriff der Enteignung fallen nach Protokollziffer 3 auch die Überführung einer Kapitalanlage in öffentliches Eigentum, ihre Unterstellung unter öffentliche Aufsicht und ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand. Soweit Kapitalanlagen infolge von Krieg, Revolution oder Aufruhr Schaden leiden, genießen die Geschädigten hinsichtlich etwaiger Rückerstattung oder Entschädigung Inländerbehandlung.

Nach Absatz 4 gelten diese Grundsätze auch für die Erträge von Kapitalanlagen.

Hinsichtlich aller in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten gilt Meistbegünstigung.

Zu Artikel 4

Artikel 4 gewährleistet den Transfer des Kapitals, seiner Erträgnisse und im Falle der Liquidation des Liquidationserlöses in den Ursprungsstaat, d. h. in das Währungsgebiet, aus dem die investierten Mittel ursprünglich abgeflossen sind. Als Liquidation gilt nach Protokollziffer 4 Buchstabe a auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung.

Zu Artikel 5

Diese Bestimmung trägt den besonderen, aus den Gewährleistungsbestimmungen der Bundesrepublik sich ergebenden Erfordernissen Rechnung. Sie setzt die Bundesregierung, wenn sie auf Grund einer Gewährleistung für eine in der Republik Niger vorgenommene Kapitalanlage Zahlungen leistet, in die Lage, die auf sie übergegangenen Rechte des Kapitalanlegers im Namen der Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen.

Zu Artikel 6

Artikel 6 legt fest, daß Transferierungen im Rahmen dieses Vertrags zu dem Kurs zu erfolgen haben, der nach dem Abkommen über den Internationalen Währungsfonds für laufende Geschäfte gilt. Dieser Kurs muß innerhalb der nach dem vorgenannten Abkommen zugelassenen Schwankungsbreite oberhalb oder unterhalb der Parität liegen. Sofern im Zeitpunkt der Transferierung ein Umrechnungskurs nach den Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds nicht besteht, z. B. weil eine der beiden Vertragsparteien aus dem Internationalen Währungsfonds ausgetreten ist, ist der im Verhältnis zum US-Dollar, zu einer anderen konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegte Kurs, oder, falls auch ein solcher Kurs nicht besteht, ein gerechter und billiger Kurs anzuwenden.

Die Transferierungen müssen unverzüglich vorgenommen werden. Nach Protokollziffer 4 Buchstabe b dürfen Liquidations- oder Verkaufserlöse aus Kapitalanlagen, für die Vergünstigungen nach dem nigrischen Investitionsgesetz auf Antrag gewährt worden sind, erst nach 3 Jahren transferiert werden. Protokollziffer 5 erläutert den Ausdruck „unverzüglich".

Zu Artikel 7

Artikel 7 regelt das Verhältnis der Bestimmungen dieses Vertrags zu anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen und innerstaatlichen Rechtsvorschriften; diese gehen vor, soweit sie eine günstigere Behandlung der Kapitalanlagen als der vorliegende Vertrag vorsehen.

Von besonderer Bedeutung ist der Satz 2, nach dem jede Art von Verpflichtung, die eine Vertragspartei in bezug auf eine den Bestimmungen dieses Vertrags unterliegende Kapitalanlage übernommen hat, z. B. im Wege einer Konzession oder einer privatrechtlichen Vereinbarung, einzuhalten ist; die Verletzung einer solchen Verpflichtung stellt hiernach zugleich eine Verletzung der durch den vorliegenden Vertrag übernommenen völkerrechtlichen Verpflichtung dar.

Zu Artikel 8

Artikel 8 enthält Definitionen der Ausdrücke „Kapitalanlage", „Erträge", „Staatsangehörige" und „Gesellschaften".

Zu Artikel 9

Nach Artikel 9 gelten die Bestimmungen des Vertrags auch für solche Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Anlagelandes bereits vor dem Inkrafttreten des Vertrags jedoch nicht vor dem 27. April 1964 vorgenommen worden sind.

Zu Artikel 10

Artikel 10 stellt fest, daß Inländerbehandlung nur auf Grund tatsächlicher Gegenseitigkeit gewährt wird.

Zu Artikel 11

Artikel 11 berechtigt jede Vertragspartei, im Falle von Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung dieses Vertrags, soweit diese durch diplomatische Verhandlungen nicht beigelegt werden können, ein von den Vertragsparteien zu bildendes Schiedsgericht anzurufen. Der Artikel regelt die Zusammensetzung des Schiedsgerichts und für das Schiedsverfahren geltende Grundsätze.

Zu Artikel 12

In Artikel 12 verpflichten sich die Vertragsparteien, den Schutz von Kapitalanlagen nach Maßgabe des Vertrags auch für den Fall von Auseinandersetzungen zu gewährleisten. Unberührt bleiben jedoch vorübergehende Maßnahmen, die auf Grund des Völkerrechts zulässig sind.

Zu Artikel 13

Der Vertrag soll — mit Ausnahme derjenigen Bestimmungen der Protokollziffer 6, die sich auf die Luftfahrt beziehen — auch auf das Land Berlin Anwendung finden. Der Vertrag enthält daher eine Klausel über die völkerrechtliche Einbeziehung des Landes Berlin. Die Ausnahme hinsichtlich der Luftfahrt trägt den Bestimmungen der Nummer III Buchstabe b der Erklärung der Alliierten Kommandantur der Stadt Berlin vom 5. März 1955 über die Stellung Berlins nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge (BKC/L (55) 3) sowie des Artikels 5 des Zwölften Teils des Vertrags vom 23. Oktober 1954 zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen Rechnung.

Zu Artikel 14

Artikel 14 regelt Inkrafttreten, Dauer und Beendigung des Vertrags. Die Mindestlaufzeit des Vertrags beträgt 10 Jahre; eine automatische Verlängerung ist vorgesehen. Nach Außerkrafttreten des Vertrags genießen die bis zu diesem Zeitpunkt vorgenommenen Kapitalanlagen noch für weitere 10 Jahre den im Vertrag festgelegten Schutz.

Zum Protokoll

Das Protokoll erläutert in fünf Ziffern einzelne Ausdrücke oder Bestimmungen des Vertrags. Auf diese Ziffern ist in den Erläuterungen zu Artikel 2, 3, 4 und 6 hingewiesen worden.

Ziffer 6 enthält die sogenannte Verkehrsklausel, eine Bestimmung, die diskriminierende Maßnahmen auf dem Gebiet der Seeschiffahrt und der Luftfahrt ausschließt. Dies gilt für die Beförderung von Gütern, die für eine Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrags bestimmt sind oder mit Mitteln eines Unternehmens im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates angeschafft werden, in dem Kapital im Sinne dieses Vertrags angelegt ist, und für die Beförderung von Personen, die für ein solches Unternehmen oder im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Zum Briefwechsel

Dieser enthält die vertragliche Verpflichtung der Regierung der Republik Niger, die Einreise, den Aufenthalt und die Tätigkeit von deutschen Staatsangehörigen im Zusammenhang mit Kapitalanlagen im Hoheitsgebiet der Republik Niger zu genehmigen.